

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtbericht: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 26 241.
Star für Nachrichten: 20011.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise.

Abdruck in Dresden und Umgebungen bei genehmigter Zustimmung kostet bei ein- maliger Zahlung durch die Post (ohne Gebühren) 2,00 Mk., monatlich 2,20 Mk. Die einseitige 27 mm breite Zeile 10 Pf. Mit Kopieren unter Stellen- und Wohnungsamt, einseitige 20- und 25 mm. Bezugspreis laut Tarif. Unentgeltliche Beiträge gegen Voranmeldung. Einzelpreis des Vorabendblattes 10 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Markenstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Viebig & Reichardt in Dresden.
Postfach-Ronto 19 395 Leipzig.

Redaktion nur mit bester Cautionsgarantie („Dresdner Nachr.“) möglich. — Anzeigen-Offerten werden nicht entnommen.

Literatur kostenlos	Die beste Kapitalsanlage von bleibendem Wert	Flügel Pianos Phonola	Vorführung unverbindlich
Hupfeld Waisenhausstr. 24	ein Hupfeld-Rönisch-Instrument		Rönisch Waisenhausstr. 24

Noch immer kein Friedenszustand!

Verzögerung der Bekanntgabe des Friedenszustandes.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“)
Rotterdam, 15. Okt. Die „Times“ meldet aus Paris: Die Bekanntgabe des Friedenszustandes mit Deutschland ist bis zur Erledigung der Balkan-Differenz zurückgestellt. Marshall Wood behält bis dahin das Mandat der Alliierten gegen Deutschland.
Diese Maßnahme des Verbandes kann nur als ein Zeichen der Rücksichtlosigkeit betrachtet werden, die man offenbar auch in Zukunft Deutschland gegenüber anzuwenden gedenkt, angesehen werden. Der Verband weiß sehr wohl, daß nicht Deutschland Schuld trägt an den völkerverwundlichen Zuständen im Balkan, sondern einzig und allein die hinterhältige Politik Englands, die mit voller Absicht die verschiedenen völkerverwundlichen Streitigkeiten dort unterhält und gegeneinander ausspielt, nur zu dem Zweck, um desto sicherer das Land unter seine Gewalt zu bekommen. Die deutsche Regierung hat die deutschen Truppen zurückgerufen, General von der Goltz hat dem General v. Eichhardt Platz gemacht, von uns ist alles geschehen, was überhaupt geschehen konnte. Aber irgend jemand muß die Verhandlungsmacht haben ja wohl haben, um ihm ihr Mandat fähig zu können. Der deutsche Reichstag scheint ihnen hierfür offenbar gerade gut genug zu sein.

Deutschlands zustimmende Antwort.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“)
Berlin, 15. Okt. Bereits in der Sitzung des Reichskabinetts am Montag ist die zustimmende Antwort Deutschlands auf die Balkan-Note des Marshall Wood beschlossen worden. Die deutsche Antwort soll bereits Donnerstag oder Freitag nach Versailles abgehen. Sie soll einige Vorbehalte hinsichtlich der formalen Art enthalten.

Wie die „D. N. Z.“ hierzu noch berichtet, gab der Reichsminister des Auswärtigen im Ausschuss der Nationalversammlung Aufschluß über die Lage im Balkan und über die Maßnahmen, welche zur Zurückführung unserer Truppen getroffen worden sind. An die Mitteilungen des Ministers knüpfte sich eine lange Aussprache, an der sich Abgeordnete der verschiedenen Parteien beteiligten. In einer eingehenden Erörterung ist es noch nicht gekommen. Der Vertreter des Auswärtigen Amtes hat den Entwurf einer an den Verband zu richtenden Antwortnote vorgelegt, der dann eingehend besprochen wurde.

Die Niederlegung der Ratifikationsurkunden.

Versailles, 14. Okt. Das vom König Georg von England ratifizierte Exemplar des Friedensvertrages ist gestern aus London in Paris eingetroffen. Das vom König von Italien unterfertigte Friedensinstrument erwartet man spätestens morgen am Quai d'Orsay. Bei dem Austausch der Ratifikationsurkunden, bei dem Frankreich durch den Minister des Auswärtigen Pichon vertreten wird, werden auch die kleineren Staaten vertreten sein, die bis jetzt ratifiziert haben.

Bulgarien unterzeichnet.

Versailles, 14. Okt. Nach Meldungen aus Sofia ist das Ministerium in Stambulinski jetzt endgültig gebildet. Es hat den Auftrag erhalten, den Friedensvertrag mit der Entente zu unterzeichnen.

Die Kämpfe um Riga.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“)
Rotterdam, 15. Okt. „Daily Mail“ meldet aus Riga: Die Lage hat sich verkompliziert. Die deutsche (?) Besetzung auf die Vorhänge verursacht großen Schaden. Vor Riga liegen 28 Kriegsschiffe der Alliierten, die bisher nicht in Aktion getreten sind.

Osag, 16. Okt. Der Korrespondent einiger holländischer Blätter berichtet über die Lage in Rußland: Nach dreitägigen hartnäckigen Kämpfen haben die Deutschen (?) Riga nicht einnehmen können. Sie verlangten einen Waffenstillstand. Ueber diesen Wunsch ist noch keine Entscheidung gefallen. Die Stadt wurde mit Granaten beschossen. Weiter meldet der Korrespondent von der westrussischen Front, daß die Deere dort weder Munition, Kleidung, technische Hilfsmittel, Nahrung und Geld zur Verfügung haben.

Berlin, 15. Okt. Im Balkan standen am 1. Oktober noch 82 000 deutsche Truppen. Die Berliner Entente-Kommission behauptet (!), daß hiervon nur knapp 15 000 auf dem besetzten Rumänien noch der deutschen Grenze seien.

Austritt des Generals v. d. Goltz?

Berlin, 14. Okt. Wie verlautet, hat der frühere Führer des 6. Reservekorps General Graf v. d. Goltz im Hinblick auf die letzte Entente-Note seine Verabschiedung erbeten, um allen willkürlichen Gewaltmaßnahmen der Entente gegen Deutschland die Spitze abzurufen, die durch den Dab gegen seine Person und seine persönliche Stellung veranlaßt sein könnten.

Neue Einseitiger-Unruhen.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“)
Rotterdam, 15. Okt. Eine Einseitiger-Versammlung in Valinaslo in der Grafschaft Norfolk, die von 10 000 Menschen besucht war, ist am Sonntag durch Polizei und Militär auseinandergetrieben worden. Die Polizisten waren 400 Mann stark. Das 75 Mann starke Militär war mit Gewehren und Handgranaten ausgerüstet. Nach dem Angriff der Polizisten auf die Menge begannen die Soldaten mit Handgranaten zu werfen, wodurch viele Menschen getötet und verwundet wurden. Tausende werden nicht angegeben. Mehrere Zusammenstöße ähnlicher Art werden weiter gemeldet. In Belgien wurden die Bureau's einer nationalistischen Zeitung von den Einseitigen gekürrt. Drei englische Soldaten, die von Dublin nach England fahren wollten, wurden von 12 Einseitigen in der Eisenbahn angegriffen. Ab- und zu-gerichtet und ihrer Waffen beraubt. Einem veröffentlichten Bericht zufolge wurden in Irland vom Mai 1918 bis September 1919 1293 Verbrechen begangen, die mit der Einseitiger-Bewegung in Zusammenhang stehen, darunter 14 Ermordungen von britischen Polizisten, Soldaten und Beamten.

Wilson's Krankheit.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“)
Rotterdam, 15. Okt. Das letzte Bulletin über den Zustand Wilson's, in dem es heißt, daß er noch lange Zeit im Bette bleiben müsse, ist in medizinischen Kreisen in Amerika als ein Zeichen dafür angesehen, daß die Gefahr eines Schlaganfalls noch immer besteht. Die drei Mediziner zusammen mit Admiral Granton, die das Bulletin unterzeichnet haben, weigern sich, sich zu dieser Frage zu äußern, und das hat die öffentliche Meinung sehr beunruhigt. Der Brief, den der Senator Hines an seinen Freund geschrieben hatte, den die „New York Times“ veröffentlichte und worin gesagt worden war, daß Wilson in Pueblo einen Arterienbruch erlitten habe, ist von Wilson's Freunden als ein parteipolitisches Manöver hingestellt worden. Aber nach den verschiedenen Äußerungen, die die amerikanischen medizinischen Blätter und Fachzeitschriften veröffentlichten, kann es kaum einem Zweifel unterliegen, daß der Präsident sich nie wieder der Politik aufheben wird.

Die amerikanischen Gewerkschaften gegen den Washingtoner Kongreß.

Versailles, 14. Okt. Der Sonderberichterstatter von „Echo de Paris“ in Washington meldet vom 12. d. M., daß die amerikanischen Gewerkschaften gegen die Einberufung des internationalen Kongresses für Arbeiterrecht in Washington seien. Die Bewegung sei so stark, daß sie allein schon die Ratifikation des Friedensvertrages in Gefahr bringen könne.

Ueber die geheime und offene Diplomatie

Man sieht in der offiziellen Deutschen Allg. Ztg.: Es ist ganz unumgänglich, daß sich die künftige Diplomatie sozusagen bei offenen Fenstern und Türen abspiele, und es ist grotesk, von einem Vertreter eines Staatsamtes zu verlangen, daß er jederzeit und über alles, was verhandelt und beabsichtigt wird, Auskunft erteilt.
So ungefähr würde ein Vertreter des alten Systems auch geantwortet haben. Daß Herrmann Müller, der Außenminister mit dem neuen Geist, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ dazu benutzte, eine so bündige Erklärung für die Geheimdiplomatie abzugeben, finden wir grotesk. Denn gerade Herrmann Müller ist einer von denen gewesen, die bei jeder Gelegenheit für ein öffentliches Verhandeln, für die völlige Beteiligung der geheimen Diplomatie eingetreten sind. Wie oft hat er betont, daß das Volk Anspruch darauf habe, zu erfahren, wie seine Gelder angelegt würden! Gerade deshalb ist Herrmann Müller ja Minister des Auswärtigen geworden. Denn irgendwelche anderen Beschäftigungsanweisung, außer denen gesinnungswidrigen Neben, hat er vorher nicht erträgt. Er ist sie und heute noch schuldig und bereit zu allem noch seinen Anhängern und Parteifreunden die schmerzliche Enttäuschung, daß er das diplomatische Handwerk mit genau demselben Geheimnis umgab, wie es die Vertreter des alten Systems taten. Dabei muß man sich daran erinnern, wie geringfügig der Anlaß ist, dem wir das rückfällige offizielle Bekenntnis zur Geheimdiplomatie verdanken. Ein Abgeordneter hatte in der Nationalversammlung gefragt, von wem die Million, die als Buße für den ermordeten französischen Sergeanten Manheim an Frankreich bezahlt worden ist, „gestiftet“ worden sei. Bekanntlich hatte ja die Regierung behauptet, das Geld sei ihr von privater Seite ausdrücklich zu diesem Zwecke zur Verfügung gestellt worden. Herr Müller kann es nun nicht übers Herz bringen, die „private Seite“, die sich mit solchen Millionenleistungen in die hohe Politik mischt, zu nennen. Daß man diesen Anlaß in dem offiziellen Blatte dazu benutzt, dem Volke eine Vorlesung über die Notwendigkeit der Geheimdiplomatie zu halten und früher feierlich verkündete Grundsätze einfach beseitigt zu haben, erweckt den Verdacht, daß es mit der erwähnten Million in Gold doch allerlei auf sich haben muß, was Herrn Müller nicht ganz annehmbar ist.

Graf Hertlings Bolschewistenpolitik.

Von Staatsminister a. D. Helfferich.

Wie wir bereits angekündigt haben, ist jetzt der dritte Band der Kriegserinnerungen Dr. Helfferich's erschienen. Auch er enthält, wie die beiden vorangegangenen, eine Fülle wertvollen Materials. Er behandelt die Zeit vom Einmarsch Amerikas bis zum Zusammenbruch — die Zeit also der größten militärischen Erfolge und der völligen Niederlage Deutschlands. In der Folge geben wir mit Genehmigung des Verlags Kiehn in Berlin aus dem Buche einen Abschnitt wieder, der Deutschlands Verhältnis zu Rußland und zu den Bundesgenossen in der trübsamen Zeit behandelt.

Die deutsche Politik hat in eigenfönniger Verachtung der Sachlage dem Bolschewismus über seine schwerste Krise hinausgeholfen. Im Augenblick begriff jedermann, daß die deutsche Regierung ihren Moskauer Vertreter der Freundschaft mit dem Bolschewistenregime geopfert hatte. Das gab der wankenden Sowjetregierung einen kalten Rückhalt und schmeichelte im Paare der Nichtbolschewisten alle Hoffnungen nieder. Die „Außerordentliche Kommission“ konnte jetzt ungehindert ihren Arbeit machen und die Träger des Gedankens einer Erhebung gegen den Bolschewismus einzeln austreten. Der Terror erfuhr eine grausenhafte Steigerung nach dem mörderischen Attentat auf Lenin und der Ermordung des Petersburger Sowjetgewaltigen Ulrichs Ende August 1918.

In Berlin legte man augenscheinlich Wert darauf, die Trübung, die durch mich dem guten Verhältnis zu der Bolschewisten-Regierung gedroht hatte, durch eine demonstrative-freundschaftliche Behandlung des Herrn Joffe und seiner Leute wieder aufzumachen. Die bisher noch geübte gesellschaftliche Zurückhaltung gegenüber den Herren der russischen Vertretung wurde aufgegeben; Herr Joffe wurde durch Fröhlich und Diner's angeleitet. Mehr denn je hielt man sich an das Wort, das Graf Hertling im Hauptauschuss des Reichstages ausgesprochen hatte: „Wir sind geneigt, an die Loyalität der russischen Regierung uns gegenüber zu glauben; wir sind insbesondere geneigt, an die Loyalität des Vertreters der russischen Regierung hier in Berlin zu glauben.“

Vergeblich machte ich zur Vorsicht. Vergeblich brachte ich zum Ausdruck, daß ich nach meinen Wahrnehmungen nicht daran zweifeln könne, daß unter Herrn Joffe die russische Bolschewisten-Unter den Tücheln das exterritoriale Hauptquartier unserer deutschen Revolutionäre geworden sei. Vergeblich bat ich, den auffallend starken Artillerieverkehr der russischen Vertretung zu überwachen. Das alles galt nur als Geiselnahme. Erst kurz vor Ausbruch der Berliner Revolution gab die mit revolutionären Aufrufen und Flugchriften gefüllte Kiste des russischen Artilleriegeschüts, die im Bahnhof Friedrichstraße den Aufzug hinunterfiel und plätschte, den Anlaß, Herrn Joffe zu entlassen und mit der Sowjetregierung die Beziehungen abzubrechen. Es war zu spät. Wir wissen heute, daß in der Tat in der Berliner russischen Botschaft von dem „konstanten“ Herrn Joffe alles geschehen ist, um die deutsche Revolution vorzubereiten und zu organisieren, daß dort unsere Unabhängigen und Separatisten sich Rat, Beistand und Geld holten, daß dort erfahrene russische Militärs und Konspiratoren zur Verfügung gestellt wurden.

Aber nicht nur, daß wir um der Zusatzverträge und des guten Verhältnisses zu der Bolschewisten-Regierung willen achtlos über die uns von dem Bolschewismus drohenden inneren Gefahren hinweggingen, — wir geschädelten auch ernstlich unsere Beziehungen zu unseren Bundesgenossen.

An sich schon erdient mir die Uebertreibung des Dreißiger Friedens durch die Zusatzverträge geradezu als eine verblödete Andeutung. Diese Herausforderung des Schicksals wurde in einer mir unbegreiflichen Weise gesteigert durch die Behandlung, die das Auswärtige Amt in Anlehnung der Zusatzverträge unseren Bundesgenossen zuteil werden ließ, mit denen wir nun doch einmal den Dreißiger Frieden gemeinschaftlich abgeschlossen hatten. Das Auswärtige Amt hielt es zunächst nicht für nötig, den Bundesgenossen von den Verhandlungen über die Ergänzung und Abänderung des gemeinschaftlich abgeschlossenen Dreißiger Vertrags irgendwelche Kenntnis zu geben. Ja, als Oesterreich-Ungarn und die Türkei gegen gewisse Bestimmungen der trotzdem zu ihrer Kenntnis gekommenen Verträge Bedenken erhoben, glaubte man, über diese ohne weiteres hinweggehen zu können.

Die Türkei, die an den Kaufmann beruhenden Punkten der Zusatzverträge ein großes Interesse hatte, nahm die Angelegenheit so ernst und wichtig, daß der Großwesir Talat-Pascha seinen Besuch in Berlin anfündigte, um die Dinge vor der Ratifikation der Verträge persönlich zu besprechen. Als er am Morgen des 7. September in Berlin eintraf, las er in den Zeitungen, daß die Ratifikationsurkunden der Zusatzverträge am Abend vorher ausgetauscht worden waren. Er wollte sofort, ohne den Kanzler und den Staatssekretär des Auswärtigen überhaupt zu beschaffen, nach Konstantinopel zurückreisen und konnte nur mit großer Mühe bewogen werden, von diesem einen offenen Bruch markierenden Schritte Abstand zu nehmen. Ueber eine schwere Verärgerung blieb.

Auch der österreichisch-ungarische Botschafter hatte noch unmittelbar vor dem Austausch der Ratifikation gegen die Zusatzverträge beim Auswärtigen Amt rekonstruiert. Daß man darüber glaubte hinweggehen zu können, ist um so